

Protokollauszug **öffentliche Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 14.11.2006**

Zu Ö 4 Jugendarbeitslosigkeit - Abgrenzung SGB II zu Jugendhilfe - ungeändert beschlossen A 51/0133/WP15

Herr Goebel trägt seine Stellungnahme anhand einer Power-Point-Päsentation vor. Die Zusammenfassung seiner Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

Herr Drescher weist ergänzend darauf hin, dass alle Beteiligten in Aachen bisher keine Notwendigkeit für die Einrichtung einer Jugendkonferenz gesehen haben. Im übrigen sei bereits ein Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit Jugendberufshilfe und ARGE ausgearbeitet.

Frau Wilms weist auf die sehr komplizierte Materie hin. Sie stellt fest, dass Aachen im Bereich Jugendarbeitslosigkeit sehr gut aufgestellt ist.

Herr Künzer bestätigt für seine Fraktion, dass der Übergang von Schule zu Beruf weiter ein Schwerpunkt der Politik bleiben muss. Hinsichtlich der Jugendkonferenzen ist zu überlegen, ob mit diesem Werkzeug nicht mehr Öffentlichkeit hergestellt werden kann.

Frau Scheidt sieht in den Zahlen von Herrn Goebel die Herausforderung, mit sinnhaften Maßnahmen und stärkerer Vernetzung aller Kräfte Jugendlichen wirkliche Chancen für eine Berufsausbildung zu eröffnen, statt sie durch Sanktionen in die Illegalität zu verdrängen. Auch sie schlägt vor, zu prüfen, ob eine Jugendkonferenz Vorteile bringen kann. Die Verknüpfung Jugendamt-ARGE und Sozialamt-ARGE ist weiter zu intensivieren.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen einstimmig zur Kenntnis.

Anlage 1 SGB II.III.VIII - Vortrag Goebel